

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

20.4.1928 (No. 93)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontos
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. u. o.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einsch. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Der deutsche Ozeanflug

Der geplante Flug nach New York

Die von der „Bremen“ benötigten Ersatzteile sind nun in Quebec eingetroffen, wurden nach der Murray-Bay mit der Eisenbahn weitergeschickt und sollen von dort mit Flugzeug nach Greenly Island geschickt werden. Vorläufig verhindert ein Schneesturm den Weitertransport. Die „Bremen“-Flieger beabsichtigen auf alle Fälle, nach New York zu fliegen und hoffen, nach dem Eintreffen der Ersatzteile bald startbereit zu sein. Eine Zwischenlandung zur Brennstoffergänzung wird voraussichtlich notwendig werden.

Auf dem New-Yorker Flughafen Mittelfield werden große Empfangsvorbereitungen getroffen. Die Stadt New York hat 60 000 Dollars hierfür bewilligt. Später sollen die Flieger in Washington feierlich empfangen werden.

Die Orientierungsschwierigkeiten auf dem Ozeanflug

Die ersten größeren Berichte über die Ergebnisse der Weidenbesatzung auf dem Ozeanflug enthalten neben dem in den Grundzügen schon Bekanntem manche Einzelheiten, die geeignet sind, die fesselnden Strapazen des Fluges deutlicher hervortreten zu lassen. So brachte der erste Anblick des Landes in einem Augenblick, wo das Schwinden der Benzinvorräte sich immer drohender bemerkbar machte, allerlei Illusionen hervor; die Phantastie sah Häuser und Siedlungen, die der näheren Prüfung durch den Feldstecher jedoch nicht standhielten. Dies bewirkte, daß die Flieger dann bei der Erreichung von Greenly Island ungewöhnlich skeptisch waren. Ein paar Leuchtbomben schufen erst die nötige Sicherheit darüber, daß was man nur als Nebelbildung über der Meeresoberfläche anzusprechen gewagt hatte, tatsächlich mit Schnee bedeckte Wälder waren. Erst nach mehrfachem Umfliegen des Leuchtturmes und längerem Hin- und Herkreuzen hat man sich dann angesichts der zunehmenden Leere in den Benzintanks zu der Landung entschlossen. Auch dann hatte die Besatzung zunächst noch den Leuchtturm für unbewohnt gehalten. Die in der Umgebung des Leuchtturmes bemerkbaren Schichtenbünde der Leuchtturmwärter waren von ihnen als Wölfe angesehen worden. Die ungeheuren Schwierigkeiten der Orientierung spielen überhaupt in allen Berichten die wesentlichste Rolle. Sie fehlten an jenem Donnerstagabend ein, als das Flugzeug in die dicke Nebelzone der berühmten Neufundlandbänke hineingeriet, ein harter Sturm mit Schneefall einsetzte, die Orientierung zu ledern begann und die Kompaßrose in Variationen erging, die ihre Benutzung vollkommen hoffnungslos erscheinen ließen. In dieser Zeit hat die „Bremen“ zeitweilig in 6000 Fuß Höhe gekreuzt. Schließlich klarte sich der Himmel soweit, daß unter Benutzung des Polarsterns und des Großen Wärens eine notwendige Orientierung möglich wurde. Der erste, der Land entdeckte, war Fitzmaurice.

Eine Unterredung mit Fitzmaurice

W. N. New York, 20. April. (Tel.) Associated Press veröffentlicht eine Unterredung, die ihr Korrespondent in Lake Sainte Agnes mit Fitzmaurice hatte. Danach hat Fitzmaurice erklärt, daß die „Bremen“ bei weitem das beste Flugzeug sei, in dem er je geflogen sei. Er habe noch nie eine Maschine kennengelernt, die so leicht auf das Pilotensteuerruder reagiere und sich mit so wenig Mühe den verschiedenen atmosphärischen Veränderungen anpassen lasse. Man habe die „Bremen“ mit einigen Fingern führen können, und sie habe wie ein riesiger Vogel jedem Sturm standgehalten.

W. N. New York, 20. April. (Tel.) Die Morgenblätter bringen die ersten Bilder der Landung auf Greenly Island. Man kann daraus deutlich die verborgene Propellerspitze erkennen sowie die primitiven Bretterunterlagen und Stützstangen, die verhindern sollen, daß die Bremen erneut die dünne Eisdicke der Landungsstelle durchbricht. Die Fahrtschilferungen von Eisfeldern werden fortgesetzt. Eisfeld hebt u. a. hervor, daß es Fitzmaurices Geschicklichkeit zu verdanken ist, wenn es gelang, das Leck in der Ölleitung auszubessern. Dies war besonders wichtig, da ein Andauern des Ölverlustes unsehbar das Verderben bedeutet hätte. Kaum war diese Gefahr überwunden, als der Sturm eine solche Heftigkeit gewann, daß die Bremen nahezu aufrecht in der Luft stand.

Sturm an der amerikanischen Nordostküste

W. N. New York, 20. April. (Tel.) Der an der ganzen Nordostküste herrschende starke Sturm, der, wie gemeldet, den Fluglehrer zwischen Greenly Island und der Außenwelt erneut einsamlich hat, hat an der ganzen Nordostküste der Vereinigten Staaten beträchtlichen Schaden angerichtet. So ist u. a. eine ganze Reihe von Waldbränden zu verzeichnen, unter denen einer bei New Jersey in Pennsylvania einige tausend Acres Wald vernichtet und zahlreiche Häuser zerstört hat. Die Bevölkerung der in den Waldbezirk eingebetteten Siedlungen mußte ihre Wohnstätten im Stich lassen und flüchten.

Der französische Antikriegspaktvorschlag. Das französische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten hat seinen diplomatischen Vertretern in Berlin, Washington, London, Tokio und Rom den Wortlaut des französischen Antikriegspaktes zur Übermittlung an die betreffenden Regierungen zugehen lassen. Der Wortlaut richtet sich nach den Vorbehalten, die Minister des Äußern, Briand, in seiner Note an Staatssekretär Kellogg am 20. März gemacht hat. Der Wortlaut wird später veröffentlicht werden.

Der Gesundheitszustand Briands. Briand ist anscheinend an der Grippe erkrankt. Über den Gesundheitszustand verbreitet die Agentur Havas folgenden von zwei Ärzten unterzeichneten Bericht: Der Fieberzustand Briands hält an. Es ist keine organische Komplikation eingetreten.

Die Brüder Parmat in Holland. Julius und Henry Parmat sind in Amsterdam eingetroffen.

Letzte Nachrichten

Der Bericht über Szent-Gothard

W. N. Paris, 20. April. (Tel.) „Matin“ berichtet aus Genf: in Völkerverbänden gehe das Gerücht, die Sachverständigen in der Maschinengewehrfrage hätten festgestellt, daß das dem Untersuchungsausschuß vorgelegene unbrauchbar gemachte Material nicht von aus Italien kommenden Maschinengewehren herrühren könne. Der Bericht der Kommission sei allerdings noch nicht geprüft worden. Wenn das Gerücht bestätigt werde, werde wahrscheinlich der vom Völkerverband eingesetzte Dreierausschuß eine ergänzende Enquête beantragen.

Der Prozeß gegen die elsässischen Autonomisten

W. N. Paris, 20. April. (Tel.) Wie Havas aus Mühlhausen berichtet, wird die Angelegenheit Dr. Widlin, Roffe usw., die beschuldigt werden, ein Komplott gegen die Sicherheit des französischen Staates angezettelt zu haben, am 1. Mai vor dem Schwurgericht des Departements Oberrhein zur Verhandlung kommen.

Französischer Passzwang für Westend-Besucher

W. N. Paris, 20. April. (Tel.) Der „Matin“ berichtet, die französische Regierung habe, obwohl im allgemeinen für Reisende der Passzwang aufgehoben ist, für die nach Frankreich kommenden Engländer, die das Westend in Frankreich verbringen wollen, wiederum den Passzwang eingeführt. Dies sei erfolgt, um es lästigen Ausländern unmöglich zu machen, insgeheim mit falschen Pässen nach Frankreich zu gelangen. Der „Matin“ erklärt, daß dies eine feilsame Art sei, die französisch-englischen Beziehungen zu fördern.

Die kommunistische Propaganda in England

Der englische Staatssekretär des Innern, Johnson Pids, führte in einer Rede in Leamington aus: Ich besitze das vollständigste Beweismaterial dafür, daß eine große Anzahl von Schatzkassendieben, die von einer russischen Bank in England ausgegeben worden sind, in den Besitz der kommunistischen Partei und durch diese in die Hände kommunistischer Organisatoren in allen Teilen Großbritanniens gelangt sind. Es besteht eine direkte Verbindung zwischen der erwähnten russischen Bank und den kommunistischen Agitatoren in allen großen Städten Großbritanniens. Ich habe die Arbeiterpartei immer wieder davor gewarnt, Hilfe von der kommunistischen Partei anzunehmen. Sie hat es jedoch abgelehnt, meine Warnung zu beachten, daß hinter den Kommunisten eine Bewegung steht, deren Ziel es ist, die Gewerkschaftsorganisationen und die in den Händen der Arbeiter liegende Führerschaft zu beseitigen. Ich glaube nicht, daß es in den nächsten 10 Jahren zu einer Revolution in Großbritannien kommen wird, denn ich nehme für den Augenblick nicht an, daß die arbeitenden Männer und Frauen in den Gewerkschaften solche Verhältnisse wünschen, wie sie in Russland herrschen. — Auch im Unterhaus beschäftigte sich der Staatssekretär mit der Angelegenheit.

W. N. London, 20. April. (Tel.) Die Direktoren der beiden hiesigen russischen Banken haben Briefe an den Staatssekretär des Innern geschickt, in denen sie eine Erklärung wegen angeblicher Lieferung von Banknoten an irische Waffenmuggler bekräftigen und sich bereit erklären, ihre Bücher bezüglich aller noch ihnen vorgekommenen Auszahlungen an Banknoten nachprüfen zu lassen.

Der Reichspräsident empfing heute Freitag den Reichswehrminister Greener zum Vortrag.

Der Ausweiszwang im besetzten Gebiet. Zu einer Meldung der „Voss. Ztg.“, wonach der Reichskommissar für die besetzten Gebiete mit der Rheinlandkommission über die Aufhebung des Passzwanges verhandeln soll, bemerkt die „Tägl. Rundschau“, daß im besetzten Gebiet kein Passzwang besteht, sondern nur die Mitführung eines Personalausweises vorgeschrieben sei. Aber die Aufhebung dieser Maßnahme sei nicht verhandelt worden, sondern nur wegen der Einführung strenger Ausweisvorschriften in Wiesbaden. Diese Verhandlungen sind, wie bereits gemeldet, von Erfolg gewesen.

Rheinschiffahrtsverhandlungen. Die Franzosen haben, wie bereits gemeldet, auf die Tagesordnung der in Straßburg zusammengetretenen Konferenz der Zentralkommission der Rheinschiffahrt die Behandlung der Angelegenheit gesetzt, daß die französischen Reedereien durch das Finanzamt in Duisburg aufgefordert worden sind, ihre Steuerunterlagen vorzubereiten. Dieser Schritt erscheint, wie dazu aus Berlin gemeldet wird, verfrüht, weil eine abschließende deutsche Stellungnahme dazu noch gar nicht vorliegt.

Verurteilte Revision. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Landwirts August Schmelzer und seines Vaters Paul Schmelzer. Beide waren im Zusammenhang mit dem Ende Juni 1927 in Arensdorf auf Reichsbannerleute verübten Überfall, bei dem zwei Reichsbannerleute erschossen und sechs weitere schwer verletzt wurden, zu Zuchthausstrafen von fünf Jahren und ein Jahr sechs Monaten verurteilt worden. In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Die Revisionsgründe reichten nicht aus, um die Urteile des Schwurgerichts aufzuheben. Beide Angeklagten hätten die Tat gewollt und auch unterstützt.

Wirtschaftliche Umschau

Der Arbeitskonflikt im Ruhrbergbau — Die Rentabilitätsfrage — Das Spiritusmonopol

Zu dem im Lohn- und Arbeitszeitkonflikt im Ruhrbergbau gefällten Schiedspruch haben beide Seiten eine ablehnende Stellung eingenommen. Es sollen nun zunächst weitere Verhandlungen stattfinden, um zu versuchen, technische Voraussetzungen für ein neues Verfahren und eine Abänderung des Schiedspruchs zu schaffen. Der in Essen gefällte Schiedspruch, der eine Erhöhung der Löhne um 8 Proz. vorsieht — da es bei der bisherigen Arbeitszeit unter Tage bleiben soll, ist die Kernfrage die Lohnfrage — wird vom Ruhrbergbau als undurchführbar bezeichnet, da die Lohnsteigerung eine Erhöhung der Selbstkosten für die Tonne Kohle um 75 Pfg. bedeute und es nur zwei Wege gebe, sie tragbar zu machen, entweder Erhöhung der Kohlenpreise oder weitere Stilllegung von nicht ganz auf der Höhe der Produktion befindlichen Zechen. Die Preis-erhöhung würde deshalb die gesamte inländische Produktion besonders schwer treffen, weil sie auch über das Inland hinausgehen müßte, wenn man im Ausland und im bestrittenen deutschen Gebiet mit entsprechenden niedrigen Preisen weiter konkurrieren wollte. Käme man aber durch die Lohnerhöhung zur Stilllegung weiterer leistungsschwächerer Zechen, dann würde nur ein Teil der Bergarbeiterschaft von ihr Nutzen haben, während der andere brotlos würde. Die Bergarbeiterschaft hinwiederum hat die Lohnerhöhung für ungenügend erklärt, und darauf hingewiesen, daß die besonders schwere Arbeit des Bergmanns eine Vorzugsstellung vor anderen Arbeiterkategorien verdiene. Auch wird ausgeführt, daß trotz aller Rationalisierungsmaßnahmen der Reallohn des Bergarbeiters nur wenig über dem Reallohn der Vorkriegszeit liege.

Bei den Begründungen der ablehnenden Haltung beider Parteien sprechen zunächst natürlich auch taktische Momente mit. Der Reichsarbeitsminister aber steht vor einer sehr schwierigen Frage, wenn er den Schiedspruch für verbindlich erklären soll. Im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegt es sowohl, daß die Ruhrkohlenproduktion konkurrenzfähig gegenüber der fruchtlich so günstig an den Seelküsten gelegenen englischen Produktion bleibt, wie auch, daß nicht weitere Einschränkungen der Ruhrkohlenproduktion durch Ausschaltung zahlreicher leistungsschwächerer Zechen erfolgen. England — dessen Kohlenindustrie sich in sehr schwieriger Lage befindet, ist nach dem großen Kohlenstreik weiter mit allen Mitteln tätig, um verlorene Absatzgebiete wieder und neue hinzugewinnen. In England ist es nun zur Gründung des Midland-Kohlenyndikats gekommen, welches das modernste und wichtigste Exportkohlengebiet Englands umfaßt. Die festländische Kohlenproduktion hat damit einen geschlossenen vorgehenden englischen Großkonkurrenten bekommen, der mit seinen 120 Mill. Tonnen Jahresproduktion der Ruhrkohlenproduktion mindestens gleichkommt, andererseits aber damit auch eine verhandlungsfähigen Partner, der bisher auf englischer Seite fehlte. Auch wenn es zu keinem europäischen Kohlenkampf kommt, wäre eine durch die Lohnerhöhung hervorgerufene Stilllegung deutscher Zechen sehr bedenklich, da bei den künftigen Verhandlungen die Verteilung der Quoten und Machtverhältnisse nach dem Stand der Produktion in den einzelnen Ländern eine große Rolle spielen wird. Auch andere Punkte des Schiedspruchs, wie die Zulässigkeit der einmonatlichen Kündigung des Lohnvertrags bei Erhöhung der Kohlenpreise, werden aus volkswirtschaftlichen Gründen für bedenklich erklärt. Der Zechenverband bezeichnet dies als Wiedereinführung von Inflationsmethoden, wo Lohnerhöhungen und Preiserhöhungen sich gegenseitig den Rang abliefen.

Die Rentabilitätsfrage im Ruhrkohlenbergbau hatte eine im Januar unter dem Vorsitz des Prof. Schmalenbach eingesetzte Kommission zu untersuchen. Die Mehrheit berechnete die Selbstkosten bei der nötigen Abschreibung und Kapitalverzinsung für die Tonne Steinkohle auf 15,62 RM, und ihren Erlös ab Schacht auf 14,37 RM, so daß sich für jede Tonne ein Verlust von 1,25 RM ergäbe. Auch die Minderheit der Kommission rechnet nach dem Gutachten des der sozialdem. Partei nahestehenden Dr. Baabe einen Verlust von 35 Pfg pro Tonne heraus. Einschließlich der Ge-

winne aus Nebenprodukten (Koksproduktion) verändern sich diese Zahlen freilich. Nach dem Gutachten der Mehrheit bleibt immer noch ein Verlust von 27 Pf. pro Abfaktone, nach dem Baadischen Gutachten jedoch ein Gewinn von 62 Pf. pro Tonne. Von Seiten der Ruhrzwecken wird dazu erklärt, daß durch den Lohnschiedspruch auch der in dem Baadischen Gutachten errechnete Gewinn in einen Verlust verwandelt würde. Dabei handle es sich um den Durchschnitt der Betriebe, während zahlreiche weniger leistungsfähige Zechen erheblich schlechter daständen. Von den Gewerkschaften werden die angenommenen Abschreibungsätze als zu hoch bezeichnet. Sie sehen 80 Pf. für die Tonne als genügend an (den in der Vorkriegszeit üblichen Satz), während die Mehrheit der Kommission 1,25 RM und Baade 1 RM annehmen. Es sei deshalb der Schiedspruch tragbar.

Zur geplanten Umgestaltung des Spiritusmonopols, mit der sich der kommende Reichstag zu beschäftigen haben soll, haben die badischen Kleinbrenner mehrfach Stellung genommen. In Baden bestehen jetzt 28 000 Kleinbrennereien (in ganz Süddeutschland 35 000), und es handelt sich hier um eine Lebensfrage für ebensoviel Existenzen, die dadurch ihre Obstproduktion am besten ausnützen. Ohne die Brennerei wären die meisten dieser landwirtschaftlichen Kleinbetriebe garnicht lebensfähig. Seinerzeit bestand der Plan, nach englischem Muster das ganze deutsche Brennereiwesen in einigen Großbrennereien zusammenzufassen, und die landwirtschaftlichen Brennereien überhaupt abzuschaffen, eine Absicht, von der man freilich abkam. Auch im Norden Deutschlands ist übrigens die Branntweinbrennerei (aus Kartoffeln im Osten, aus Korn im Westen) für die Rentabilität der Produktion der dortigen Landwirtschaft noch kaum entbehrlich, da ein intensiver Anbau von Kartoffeln und Roggen auf vielen Gütern überhaupt nur durch die Brennerei möglich ist und die Schlempe ein namentlich für die Milchwirtschaft wertvolles Futtermittel darstellt.

Nach dem Geschäftsbericht der Reichsmonopolverwaltung für das achte Geschäftsjahr (1. Oktober 1926 bis 30. September 1927), der kürzlich erschien, ist jetzt eine erhebliche Steigerung des Absatzes eingetreten, der jedoch nicht auf erhöhten Branntweinkonsum, sondern auf Vorratserfüllung und erfolgreiche Bekämpfung der Schwarzbrennerei, der Entgällung von denaturiertem Spiritus und des Branntweinschmuggels zurückzuführen ist. Heute wird der gesamte Trinkbranntweinverbrauch auf 866 000 Hektoliter gegenüber 900 000 Hektoliter 1921/22 angenommen. Der Reinüberschuß des Branntweinmonopols beträgt 256,6 Millionen, um 70 Millionen mehr als im Vorjahr.

Für industrielle (nicht Trink-) Zwecke kommt neben dem Brennereisprit auch der aus den Sulfatlauge der Zellulosefabriken gewonnene Spirit in Betracht. Sie lieferten im Geschäftsjahr 250 000 Hektoliter, sind aber imstande, wenn die bei den Zellosefabrikation anfallende Sulfatlauge voll ausgenutzt wird, in neuen Anlagen mehr als das Doppelte und Dreifache zu liefern, wobei der Sulfitsprit wesentlich billiger als der Brennereisprit kommt. Die enge Verbindung der Brennerei mit der Landwirtschaft gibt hier freilich nicht leichte Fragen auf. Verschiedentlich glaubt man, durch das Kartoffelrodungsverfahren die Verwendung der Kartoffeln für Brennereizwecke einschränken und so ein hochwertiges halt- und leicht verdenkbares Viehfutter ohne den Umweg über die Brennereien gewinnen zu können. Die bessere Ausnutzung der Sulfatlauge, die auch heute noch zum Teil als Abwässer in die Flüsse laufen, liegt zweifellos im Interesse der deutschen Volkswirtschaft, zumal wenn dadurch eine vermehrte Futtermittelproduktion herbeigeführt werden könnte. Die nun seit langem verschleppte Reform des Spiritusmonopols wird sich auch damit beschäftigen müssen. Im übrigen wird seit langem das jetzige den norddeutschen Brennereien im Osten zugute kommende System der hohen Übernahmepreise auf Kosten der Einnahmen des Reichsfiskus kritisiert und als im Gesamtinteresse nicht haltbar bezeichnet.

Das Verbot des Rotfrontkämpferbundes

Gegen das vom Reichsinnenminister geforderte Verbot des Rotfrontkämpferbundes haben sich außer Baden, Preußen, Hessen, Hamburg, Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Lübeck, Sachsen und Anhalt erklärt. Einen Druckfehler in unserer gestrigen Ausgabe, daß diese Länder ein (statt kein) solches Verbot erlassen hätten, werden unsere Leser wohl selbst bemerkt haben. Nur Bayern und Württemberg haben innerhalb der gesetzlichen Frist keinen Einspruch erhoben, obwohl man in Bayern bestimmt scheint, daß die Landesregierungen vorher nicht befragt wurden.

Eine große Protestkundgebung des Roten Frontkämpferbundes, die Donnerstagabend in Berlin stattfand, ist ruhig verlaufen. Trotz des regnerischen Wetters war die Beteiligung außergewöhnlich stark. An 20 Stellen hielten die kommunistischen Führer an die Massen Ansprachen.

Die Deutschnationalen zur Verfassungsfrage

Im Zusammenhang mit ihren Wahlauftritten veröffentlicht die Deutschnationale Volkspartei eine längere Stellungnahme zur Verfassungsfrage, in der gefordert wird: Der Reichspräsident soll zugleich preußischer Staatspräsident sein. Er soll die preußischen Staatsminister nach den gleichen Grundsätzen wie die Reichsminister berufen und das Recht haben, die Ämter des Reichslandmarschall und preußischen Ministerpräsidenten in eine Hand zu legen. Ferner wird eine Stärkung der verfassungsmäßigen Stellung des Reichspräsidenten verlangt. Er soll das Recht erhalten, eine Regierung zu beauftragen, deren Fortbestand nicht täglich durch ein Misstrauensvotum des Parlaments in Frage gestellt werden kann.

Die deutsch-litauischen Handelsvertragsverhandlungen begannen am Donnerstag in Berlin.

Das landwirtschaftliche Notprogramm

Der Kontrollausschuß des Reichstags für die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms nahm am Donnerstag einen deutschnationalen Antrag an, wonach die Richtlinien wie folgt gefaßt werden:

Die bereitgestellten Reichsmittel und die Übernahme von Garantien des Reiches für Darlehen sollen dienen: a) der Marktbeobachtung, insbesondere im Zusammenhang mit den geschlichen Berufsvertretungen, b) der Organisation des Viehhandels und der Fleischzufuhr auf den großen Märkten, c) der Förderung von Einrichtungen zur Verwertung und Verarbeitung von Schlachtabfällen usw. Neu hinzugefügt wurde den Richtlinien eine Bestimmung, wonach vor Entscheidung über Maßnahmen von allgemeiner Bedeutung ein Sachverständigenausschuß zu hören ist. Der Ausschuß hat zu bestehen aus neun Vertretern der Landwirtschaft und acht Vertretern des Handels, des Gewerbes und der Konsumenten. Der Rest der Richtlinien für den Vieh- und Fleischhandel wurde nach kurzer Besprechung mit unerheblichen Änderungen genehmigt.

Nach der Beratung der Richtlinien für die Verwendung von Reichsmitteln zur Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse, wurde als Kompromiß eine Entschließung Dr. Silberlings (Soz.) angenommen, die die Regierung ersucht, für die Ummetzergebiete aus den Überschüssen des Etats 1927 fünf Millionen zur Verfügung zu stellen. Mit dieser Lösung erklärten sich auch Bayern und Preußen einverstanden, so daß mit einer Zustimmung des Reichsrates zu rechnen ist. Die Richtlinien für die Förderung der Milch- und Mollereiprodukte wurden sodann genehmigt.

Heute, Freitag wurden die Einzelberatungen über die Hilfsmaßnahmen fortgesetzt, die auf dem Gebiete der Eierverwertung und der Geflügelzucht vorgesehen sind. Bei der Eierverwertung sollen nach den Richtlinien genossenschaftliche Sammelstellen in den Erzeugungsgebieten und Eierverwertungsgenossenschaften errichtet werden. Von der Regierung wurde darauf hingewiesen, daß für den Absatz der heimischen Eier außerordentlich große Schwierigkeiten bestehen und daß 50 Proz. der in Deutschland verbrauchten Eier aus dem Ausland kommen.

Der Rundfunk und der 1. Mai

Der Arbeiter-Nachbund fordert laut „Vorwärts“ die Übertragung der Maifeiern, die der Reichsinnenminister von Heudell im vorigen Jahre verboten hat. Der Arbeiter-Nachbund hat in einem Schreiben an die Rundfunkdirektion erneut auf die unbedingte Notwendigkeit einer Berücksichtigung der Bedeutung des 1. Mai im Rundfunkübertragungsbereich hingewiesen. Von den neun Sendeberechtigungen haben bisher fünf geantwortet. Die Mitteldeutsche Rundfunk-A.G. teilt mit, daß sie ein den Wünschen der Arbeiterschaft entsprechendes Programm für den 1. Mai vorbereite. Ebenso ist die Schlesische Rundfunk-A.G. Breslau bereit, den 1. Mai zu berücksichtigen. Der Berliner Rundfunk wird zwar kein Festprogramm zusammenstellen, aber es soll ein Vortrag übertragen werden, durch den der Bedeutung des 1. Mai Rechnung getragen werden soll. Auch die „Deutsche Welle“ will einen entsprechenden Vortrag in ihr Programm einfügen. Der Westdeutsche Rundfunk berief sich auf das bestehende Verbot des Innenministeriums, hofft aber, eine Forderung des sozialistischen Weltanschauung nahe liegenden Posters Frühe aus der Trinitatiskirche in Köln übertragen zu können. Von den übrigen Sendeberechtigungen ist keinerlei Antwort eingegangen.

Der Schiedspruch für den Ruhrbergbau

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat am 19. April an den Reichsarbeitsminister ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Wir behauern, daß durch den Schiedspruch die bereits in den Auseinandersetzungen der letzten Lohnbewegungen klar zutage getretene Krise des Schlichtungswesens eine weitere Verschärfung erfahren muß. Die Zahlen zeigen, daß eine Durchführung des Schiedspruches auf jeden Fall zu einer Verlustwirtschaft größten Umfanges im Ruhrbergbau führen müßte. Die Folge müßte eine wesentliche Einschränkung des Absatzes und der Förderung sein. Dies bedeutet Vermehrung der Feuerlöcher, wenn nicht gar Stilllegung einzelner Schächte. Diese Folgen aber würden gerade die Arbeiterschaft auf das Schwerste treffen, so daß der Schiedspruch nicht allein wirtschaftlich der Billigkeit nicht entsprechen, sondern auch seine soziale Auswirkung äußerst bedauerlich sein müßte. Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände kann nicht annehmen, daß die im Schiedspruch vorgesehene Regelung Wirksamkeit werden soll, da sie den objektiven festgestellten wirtschaftlichen Verhältnissen vollkommen widerspricht und erwartet daher, daß das Reichsarbeitsministerium bei den von ihm zu treffenden Entscheidungen diesen Tatsachen Rechnung tragen wird.

Vereinheitlichung des Verkehrswezens mit Österreich

Am Donnerstag fanden im Reichsverkehrsministerium zu Berlin zwischen dem österreichischen Bundesminister für Handel und Verkehr, Dr. Schürff, und dem Reichsverkehrsminister Dr. Koch die Schlussverhandlungen über die Angleichung der beiderseitigen Eisenbahnverkehrsordnungen statt. Es wurde vereinbart, daß die Abereinrichtung der am 1. Oktober 1928 in Kraft tretenden neuen Eisenbahnverkehrsordnungen auch in Zukunft tunlichst gewahrt bleiben soll. Im Anschluß wurden zwischen den beiden Ministern Fragen der Binnenschifffahrt und des Luftverkehrs besprochen und hierüber Abereinrichtung der beiderseitigen Aufstellungen erzielt.

Im Verlauf der Verhandlungen hielt Reichsverkehrsminister Dr. Koch eine Rede, in der er u. a. sagte: Die Zusammenarbeit zwischen den deutschen und österreichischen Eisenbahnen ist nicht lediglich das Ergebnis technischer Erwägungen. Es findet in ihr vielmehr zugleich der Gedanken der engsten, auf unserer Stammesgemeinschaft beruhenden Interessensverflechtung Ausdruck. In seiner Erwiderung erklärte Dr. Schürff, daß die Einigung über die Verkehrsordnungen das auf politischen, nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Gründen beruhende Streben nach allgemeiner Reichsgleichheit zum Ausdruck bringe.

Der sächsische Landtag

trat Donnerstag nachmittag wieder zusammen. Nach einer längeren, erregten Geschäftsordnungsdebatte, in der die Redner der Linken sehr scharf gegen das Keudellische Verbot des Roten Frontkämpferbundes Stellung nahmen, trat das Haus in die Beratung der kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge auf Auflösung des Landtages ein. Nach Begründung der Anträge durch die Antragsteller wandten sich unter großem Lärm auf den Bänken der Linken die Vertreter der bürgerlichen Parteien gegen die Anträge, die sodann in namentlicher Abstimmung mit 49 gegen 45 Stimmen abgelehnt wurden. Damit ist auch der sozialdemokratische Antrag auf Vornahme der sächsischen Landtagswahlen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen gefallen.

Förderung des Luftverkehrs in Württemberg. Der erste Nachtrag zum württembergischen Staatshaushaltsgesetz 1928 enthält eine einmalige Ausgabe von 375 000 RM zur Förderung des Flugverkehrs.

Wesfel im Präsidium des Reichsdisciplinarhofes. Nach dem „Reichsanzeiger“ hat der Reichspräsident den Senatspräsidenten beim Reichsgericht, Degg, in Leipzig zum Amt eines stellvertretenden Präsidenten des Reichsdisciplinarhofes in Leipzig entbunden und gleichzeitig den Senatspräsidenten beim Reichsgericht, Kalluhn, zum stellvertretenden Präsidenten des Reichsdisciplinarhofes ernannt.

Einigung im Bankgewerbe. Nach sehr langen Verhandlungen wurde am Donnerstag zwischen dem Deutschen Bankbeamtenbund und dem Reichsverband der deutschen Bankleitungen auf Grund des am 31. März gefällten Schiedspruches eine freie Vereinbarung über die Verlängerung des Reichstarifvertrages abgeschlossen. Danach verbleibt es bei der ausgesprochenen Gehaltssteigerung und der bisherigen Gehaltsstaffel. Für die Überstundenbezahlung gilt die frühere Regelung. Der Bankleitungsverband hat sich verpflichtet, den angeschlossenen Instituten die Ausschüttung der Weihnachtsonderzahlung zu empfehlen. Der Manteltarif läuft bis zum 31. März 1930, die Gehaltsregelung bis zum 31. März 1929.

Vor einer Auflösung des japanischen Parlaments? Die Opposition, die aus Anlaß der vom Innenminister gegen die Kommunisten ergangenen Maßnahmen ein Misstrauensvotum gegen die Regierung beantragt hat, glaubt, wie aus Tokio gemeldet wird, daß die Regierung im Parlament bestimmt in der Mehrheit bleiben wird. In diesem Falle würde der Ministerpräsident das Parlament auflösen und an die Wähler appellieren.

Ein Sieg Fung Hü-fiangs? Nach in Peking eingetroffenen Berichten hat General Fung Hü-fiang eine der Armenen Sun Tschuan-fangs vollkommen geschlagen und Marschall Tschang Tschung-tschang zum Rückzug auf Pentschau gezwungen. Sun Tschuan-fang wird wahrscheinlich versuchen, den Vormarsch des Generals bei Tainanfu zum Stehen zu bringen. Bei einem Ständigen Kampf, der zur Einnahme von Tschang führte, sollen die Stütztruppen 20 000 Mann, darunter einen General und drei Obersten, verloren haben.

Gemeinde-Rundschau

Annahme des Karlsruher Voranschlags

Der Bürgerausschuß Karlsruhe hat nach vier tägiger Verhandlung am Donnerstag in später Abendstunde dem vom Stadtrat vorgelegten Voranschlag für das Rechnungsjahr 1928 mit geringen Änderungen seine Zustimmung gegeben. Dagegen stimmten nur die Kommunisten. Der angeforderte Aufwand beträgt nach der neuen Berechnung infolge der genehmigten Anträge 3 646 800 RM (nach Vorlage des Stadtrats 3 649 650 RM) und ist mithin mit 31 950 RM geringer als derjenige des Vorjahres. Nach einem Vermittlungsvorschlag des Stadtrats wurden folgende Steuererlässe genehmigt: für bebauten Grundstücke 66,7 Pf. (statt 67,2), für unbebaute Grundstücke 77,5 Pf. (statt 80), für Betriebsvermögen 31 Pf. (statt 25,6), für Gewerbebeitrag 465 Pf. (statt 480).

In der Sitzung wurde auch über die Schulen debattiert. Der sozialdemokratische Redner forderte Gewährung freier Lernmittel ohne Prüfung der Bedürftigkeit. Ein Kommunist verlangte Abschaffung der Prügelstrafen in den Schulen. Von einer Rednerin der Bürgerlichen Vereinigung wurde Beschleunigung des Baues einer neuen Handelsschule verlangt.

Beim Punkt Landestheater bemerkt der Oberbürgermeister, daß die Stadt vertraglich verpflichtet sei, jedes Defizit zu decken. Das Budget vom Theater werde vom Verwaltungsrat festgesetzt, der nach aller Möglichkeit spare. Die Stadt könne nur ein gutes Theater unterstützen. Die Höhe der Gage würde vom Markt bestimmt. Dagegen könne man sich nicht wehren. — Die Debatte über das Theater wurde sehr lebhaft und erregt. Die Kommunisten verlangten Aufführung proletarischer Stücke von Zoller, Löffler und Gorki. Es entfiel heftiger Lärm über diesen Antrag. Der Oberbürgermeister erklärte, daß das Defizit des Landestheaters nur durch Erhöhung der Einnahmen vermindert werden könne. (Zwischenruf: „Dann werden die Eintrittspreise noch höher!“) Man könne an der Oper nicht noch mehr sparen und die Basis des Verwaltungsrates müsse noch erweitert werden.

Die neuen Bürgermeister in Mannheim

Oberbürgermeister Dr. Seimerich u. Bürgermeister Büchner stellten sich am Donnerstag dem Bürgerausschuß Mannheim vor, der mit Ausnahme der Kommunisten fast vollständig zusammengetreten war. Bei der Eröffnung der Sitzung saß neben dem Oberbürgermeister Dr. Seimerich nunmehr als sein Stellvertreter der dienstälteste Bürgermeister, Herr Dr. Walli, ihm reichten sich die Bürgermeister Böttger und Büchner an. Dr. Walli begrüßte die Neugewählten, worauf Dr. Seimerich zunächst seines Vorgängers, Dr. Antzer, des hervorragenden Kommunalpolitikers, gedachte, auf die durch die Befehle der Palz und des Saargebietes Mannheim entstandenen Schwierigkeiten einging, und dann eine programmatische Ansprache hielt. Durch seine Zugehörigkeit zu der stärksten Partei dieses Hauses, die auch die größte Verantwortung zu tragen habe, sei er an eine verantwortungsvolle Politik gebunden. Er glaube, daß es grundsätzlich sei, Parteizugehörigkeit und sachliche Arbeit einander entgegenzusetzen, wie das immer noch so häufig geschehe. Er wolle objektiv, nach bestem Wissen und Gewissen kein Amt führen und Bürgermeister für alle sein, der für alle da zu sein hat und gerecht gegen alle sein müsse. Er beabsichtige, offen und aufnahmefähig zu bleiben für alles Neue, Gesunde und Entwicklungsfähige, von welcher Seite es auch an ihn heranträte. Er könne nur eine Politik des Erreichbaren treiben, eine Politik, die auch auf die bestehenden Machtverhältnisse Rücksicht nimmt und sich ihnen anpaßt. Die Förderung des wirtschaftlichen Lebens der Stadt werde ihm im Benehmen mit den sonst noch hierfür zuständigen Stellen immer am Herzen liegen; es dürfe aber über der wirtschaftlichen Blüte, die wir anstreben, nicht vergessen werden, daß wir in der heutigen Großstadt ein gehobenes soziales Bewußtsein haben müssen, und daß auch die breite Masse des Volkes Anspruch auf die Güter der Kultur hat. Er wolle mit festem Glauben an Mannheims Zukunft an die Arbeit gehen.

Es folgte nun eine Ansprache von Bürgermeister Büchner, der gleichfalls erklärte, seine ganzen Kräfte in den Dienst seines Amtes stellen zu wollen. Als Techniker seien ihm Aufgaben von sehr großer Bedeutung gestellt. Er stamme aus der badischen Palz, und für einen Bürgermeister werde es schon recht sein, wenn er auch das Blut seiner Mitbürger kenne. Er gedachte mit Dankesworten der Bereitwilligkeit des bisherigen Ersten Bürgermeisters Ritter, ihn mit seinem Amt und seiner Erfahrung zu unterstützen.

Schließlich entbot Stadtverordnungsobmann Dreifuß den neuen Bürgermeistern namens des Bürgerausschusses einen herzlichen Willkommengruß.

Der Bürgerausschuß Wehr stimmte dem Verkauf der drei in Entendorf gelegenen Reihenhäuser zu. Für Kanalisation, Straßen- und Wasserleitungsbauten ist ein Aufwand bis zu 200 000 RM notwendig geworden. Ein Teil des Aufwandes soll durch den Häuserverkauf gedeckt werden, der insgesamt einen Ertrag von 84 400 RM ergibt.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Öffentliche Sitzung am Donnerstag, 26. April, vorm. 11 Uhr

- Die Tagesordnung lautet:
- Mitteilung der Eingänge.
 - Mündlicher Bericht des Geschäftsordnungsausschusses und Beratung über die Mandatsniederlegung des Abg. Dr. Engler, (Berichterfasser Abg. Obkircher).
 - Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechtspflege und Verwaltung und Beratung über den Entwurf eines Landesjustizkostengesetzes (Drucksache Nr. 65 und 66a), (Berichterfasser Abg. Schneider).
- Weitere Gegenstände sind vorbehalten nach dem Ergebnis der Ausschusssitzungen.

Mandatsniederlegung des Abgeordneten Böhner

Der Zentrumsabgeordnete Böhner, der am 1. April sein Amt als Bürgermeister in Mannheim antrat, hat nunmehr sein Mandatsmandat niedergelegt, um sich ganz seinem neuen Posten widmen zu können. Sein Nachfolger auf der Landtagsliste ist Justizrat Haas, Karlsruhe, der nunmehr für ihn aufrückt.

Aus dem Geschäftsbericht der Badisch-Pfälzischen Luftkassan A. G. Mannheim-Karlsruhe

Dem jeben herausgegebenen Geschäftsbericht der Badisch-Pfälzischen Luftkassan A. G. Mannheim-Karlsruhe, entnehmen wir u. a. folgende Einzelheiten:

Im Jahre 1927 konnte die Badisch-Pfälzische Luftkassan A. G. im Einvernehmen mit der badischen Regierung und nach zahlreichen Verhandlungen mit den badischen Flughäfen, den regionalen Gesellschaften benachbarter Länder, dem Reichsverkehrsministerium und der Deutschen Luftkassan für Baden eine wesentliche Erweiterung und Verbesserung des Flugnetzes und der internationalen Anschlüsse durchsetzen. Die reichssubventionierte Ost-West-Linie Wien-Saarbrücken über München-Stuttgart-Karlsruhe, konnte für Baden nach erheblichen Kämpfen gewonnen werden. Diesem Gewinn steht für den Flughafen Mannheim-Ludwigshafen-Heidelberg der Verlust der Linie Hamburg-Büdingen gegenüber. Als Ausgleich dafür, daß Mannheim diese seit Jahren ihm gegebene Verbindung genommen wurde, erhielt es eine ebenfalls reichssubventionierte Zubringerstrecke Mannheim-Stuttgart, deren spätere Durchführung nach Saarbrücken zwecks Anschluß an die Westverbindungen vorgesehen ist. Die sogenannte Schwarzwaldbahn wurde mit sehr gutem Erfolg bis Frankfurt weitergeführt. Der Zubringerdienst von Darmstadt über Mannheim nach Karlsruhe verschaffte den beiden erstgenannten Flughäfen eine zweite Verbindung nach München. Die Linie München-Stuttgart-Baden-Baden wurde wie 1926 und mit verbesserten Anschlüssen in Stuttgart befliegen. Neu eingeführt wurde mit großem Erfolg die Linie Freiburg-Stuttgart, die zu den bestfrequentierten Linien Deutschlands zählt, dank der umfassenden Ersparnis an Zeit und einer geringen Ersparnis an Geld gegenüber der Eisenbahnverbindung. In den beiden Hauptmonaten Juli-August wurde eine Probelinie Billingen-Stuttgart eingerichtet, die jedoch verschiedener Umstände wegen nicht zur regelmäßigen Durchführung kam. Im Herbst des vergangenen Jahres konnte Konstanz Anschluß an die österreichische Linie Wien-Salzburg-Innsbruck-Bregenz gewinnen. Der Winterflugplan beschränkte sich auf die Durchführung der Strecke Düsseldorf-Köln-Frankfurt-Mannheim-Karlsruhe-Wasel sowie der Strecke Frankfurt-Mannheim-Stuttgart-München.

Kongress zur Psychotherapie in Baden-Baden

Der Kongress zur Psychotherapie in Baden-Baden, 20. April (Tel.) Heute Vormittag hat der 8. Allgemeine ärztliche Kongress zur Psychotherapie seine wissenschaftlichen Sitzungen, die sich bis Sonntag hinziehen werden, begonnen. Über 500 Ärzte aus allen Teilen Deutschlands weilen aus Anlaß des Kongresses in Baden-Baden. Eröffnet wurde die Tagung heute Vormittag im Rahmen der ersten wissenschaftlichen Sitzung, in der Vorsitzender Geheimrat Sommer, Gießen, eine einleitende Ansprache hielt, in der er u. a. ausführte, daß die Eventual- und Charakterpsychologie im Vordergrund der Beratung des bisherigen Kongresses stehe. Der Vorsitzende wünschte dem 8. Kongress einen glücklichen Verlauf. Heute Abend findet im Kurhaus ein Festessen statt, bei dem auch die Vertreter der Behörden erscheinen werden.

Eine Schwindelfirma

Die Firma Himez-Compagnie in Haag (Holland) bietet in Zeitungen Stellenlosen Posten als Filialleiter(in) oder als Vertreter an. Die sich Meldenden müssen sofort 100 Dofen des von der Firma betriebenen „Trocalin“ zum Kreise von 40 M. bestellen, das der Käufer, es handelt sich um ein Mittel zum Wasserbestimmen von Kleidern usw., nicht weiter verkaufen kann. Das Badische Landespolizeiamt warnt vor Aufnahme von Beziehungen zu diesem Unternehmen.

Kurze Nachrichten aus Baden

Bad. Mannheim, 20. April. Zu dem Selbstmord in der Nähe des Bahnhofs Friedriehsplatz erfahren wir, daß es sich bei den beiden Lebensmühen um den 18jährigen Arbeiter Jakob Stein aus Seddenheim und die 18jährige Wägo Margarethe Schmidt aus Lütelsbach handelt, die in Seddenheim bedienstet war. Da die Leiden so gräßlich verwickelt waren, wird angenommen, daß sich die beiden mit dem Kopf auf die Schienen gelegt haben, vom ersten Zuge überfahren wurden und ihre herumgeschleuderten Leichname von einem anderen Zug nochmals zerstampft wurden.

Bad. Freiburg, 19. April. Der Historiker und Privatgelehrte Dr. Friedrich Roach feiert am 20. April in voller Rüstigkeit und Frische seinen 70. Geburtstag. Roach ist, wie so viele Journalisten, aus dem Lehrfach hervorgegangen, das er einige Jahre ausübte, indem er den Schülern höherer Lehranstalten Geschichte und neuere Sprachen beibrachte. Zunächst trat er am 1. April 1887 in die Redaktion der „Aresfelder Zeitung“ ein. Bald erregte er durch seine Befähigung die Aufmerksamkeit der „Münchener Zeitung“, die ihn 1891 mit ihrer Vertretung in Bonn betraute. Diese hatte er bis Kriegsausbruch inne. Seitdem war er teils in Köln, teils in Wien für sein Blatt tätig und ist es heute noch gelegentlich, nachdem er 1921 in den Ruhestand getreten ist.

Bad. Friedrichshafen, 20. April. Der erste Nachtrag zum Staatsausfallgesetz fordert für den Bahnhofsneubau in Friedrichshafen 3 Millionen Reichsmark. Die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft hat sich nun bereit erklärt, die notwendigen Verbesserungen der Anlagen durchzuführen, falls ihr von Württemberg 4 Millionen als Darlehen zu ermäßigtem Zins zur Verfügung gestellt werden, welcher Betrag von 1922 an ratenweise zurückgezahlt wäre.

Aus der Landeshauptstadt

Zum Gedächtnis der Großherzogin Luise. Am 23. April jährt sich zum fünften Male der Heimgang der Großherzogin Luise. Es soll darum am Sonntag, den 22. April, nachmittags 5 Uhr, in der Grabkapelle, in der nunmehr ihr Sarkophag aufgestellt ist, eine gottesdienstliche Gedenkfeier stattfinden, welche Prälat a. D. D. Schmitzner abhalten wird.

Zum Vortrag von Gertrud Bäumer im Künstlerhaus. Wir verweisen auf die Anzeige des Verlages G. Braun über die neuen, hochaktuellen Werke von Gertrud Bäumer (die heute abend im Künstlerhaus sprechen wird) „Grundlagen demokratischer Politik“ und „Deutsche Schulpolitik“. Diese beiden Bände sind die Erstlinge einer neuen, politischen Reihe der Sammlung „Wissen und Wirken“. Durch die Darstellung der einzelpolitischen Systeme soll die politische Allgemeinbildung des Deutschen gefördert werden. Vor den Wahlen erscheinen noch: „Josef Joos, M. D. N., Die politische Ideenwelt des Zentrums“ und „Kochus Febr. von Rheinbaben, Liberale Politik im neuen Reich“.

Badisches Landestheater. Sonntag, den 22. April, nachm. 15 Uhr, als achte Vorstellung der Sonderreihe für Auswärtige „Mignon“, romantische Oper in drei Akten von Thomas unter der musikalischen Leitung von Rudolf Schwarz. Als Abendvorstellung gelangt an diesem Tage „Der Rosenkavalier“ von Richard Strauss unter der musikalischen Leitung von Josef Krips zur Aufführung, mit den Damen v. Hartung (Feldmarschallin) und Strauß (Octavian). Die übrige Besetzung ist die der bisherigen Aufführungen. — Dienstag, den 24. April, findet die erste Wiederholung der mit so großem Erfolg hier uraufgeführten Oper „Regina del Lago“ von Julius Weismann statt. In Szene gesetzt von Otto Krauß wird das Werk von Rudolf Schwarz musikalisch geleitet. — Freitag, den 27. April, geht Smetanas beliebte Oper „Die verkaufte Braut“ in Szene.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Das Tiefdruckgebiet über der Nordsee, das bisher für Kaltluftzufuhr nach dem Festland gesorgt hat, füllt sich jetzt auf. Gleichzeitig ist über Frankreich der Druck gesteigen und hat dort und in den Alpenvorländern allgemeine Aufweitung bewirkt. Unter dem Einflusse des sich weiter über dem Festland entwickelnden hohen Druckes wird daher die bisherige nachtlte Bitterung bei uns ihren Abschluß finden. Wetterausichten für Samstag: Zeitweise heiter, trocken, tagsüber mild bei schwacher Luftbewegung.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	20. April		19. April	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.36	168.60	168.55	168.89
Kopenhagen 100 Kr.	112.05	112.27	112.00	112.30
Italien . . . 100 L.	22.03	22.07	22.05	22.09
London . . . 1 Pf.	20.392	20.432	20.401	20.441
New York . . . 1 D.	4.1775	4.1855	4.178	4.186
Paris . . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.45	16.49
Schweiz . . . 100 Fr.	80.52	80.68	80.56	80.72
Wien 100 Schilling	58.785	59.05	58.785	59.05
Wag . . . 100 Kr.	12.378	12.398	12.379	12.399

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung der Devisenbeschaffungstelle vom 18. April 1928 beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10 1/2 d, bzw. für ein Gramm Feingold 32,7455 pence.

Zusammenschluß in der Uhrenindustrie. Im Frühjahr 1927 haben sich die Firmen Gebr. Jungbans A. G., Hamburg-amerikanische Uhrenfabrik und die Vereinigten Freiburger Uhrenfabriken zu einer engen Interessengemeinschaft verbunden. Nunmehr sind die vor einigen Monaten aufgenommenen Verhandlungen zwischen den Kienzle-Uhrenfabriken A. G. in Schwenningen a. N. über eine weitgehende Zusammenarbeit zum Abschluß gekommen. Die juristische Form des Zusammenschlusses steht noch nicht endgültig fest, es sollen jedoch beide Gesellschaften mit ihren Firmen und Persönlichkeitswerten erhalten bleiben. Der Zusammenschluß Kienzle und Guller stellt einen weiteren bedeutenden Fortschritt auf dem Wege der Zusammenarbeit der deutschen Uhrenindustrie dar. Die beiden durch die Zusammenschlüsse in Schramberg und Schwenningen entstandenen Gruppen stehen sich durchaus freundschaftlich gegenüber und beabsichtigen, in enger Fühlungnahme auf eine bessere Rentabilität der deutschen Uhrenindustrie hinzuwirken. Durch engere technische Zusammenarbeit beider Betriebe wird eine wirtschaftlichere Fabrikation sowie eine Senkung der Unkosten erzielt werden.

1 1/2 Millionen durch die Mannheimer Bankaffäre gefährdet. Zu den entstandenen Schwierigkeiten in der Mannheimer Gewerbebank wird weiter gemeldet, daß die Gesamtsumme der gefährdeten Debitoren sich noch nicht feststellen läßt, da eine von der Verwaltung beantragte Kommission noch mit den Vorarbeiten beschäftigt ist. Wie die „Neue Bad. Landes.“ hört, wird es kaum möglich sein, vor Anfang der nächsten Woche einen Status vorlegen zu können. Bis dahin beruhen alle Angaben auf Schätzungen, so sollen bei der Gewerbebank 1 1/2 Millionen Reichsmark, bei der Mannheimer Beamtentbank 4-500 000 M. gefährdet sein. Aber die Maßnahmen, die zur Sanierung ergriffen werden sollen, über die eventuelle Veranlassung der Pfandsummen, die bei der Gewerbebank 1000 M. bei der Beamtentbank 40 M. betragen, liegen noch keinerlei Beschlüsse vor, da sie ja erst gefaßt werden können, wenn sich die Gesamtverschuldung übersehen läßt. In einer am Donnerstag stattgefundenen Besprechung zwischen der Badischen Beamtentbank e. G. m. b. H. in Karlsruhe und der Mannheimer Beamtentbank wurde vereinbart, daß die Mannheimer Beamtentbank, deren Liquidation beabsichtigt ist, keine neuen Mitglieder mehr aufnimmt und ihren bisherigen Mitgliedern den Beitritt zur Badischen Beamtentbank empfiehlt. Mitglieder der Mannheimer Beamtentbank, die der Badischen Beamtentbank beitreten, erhalten nach Aufnahme einen Vorzug auf das Maigehalt. Für die rasche und reibungslose Durchführung dieser Maßnahme hat die Badische Beamtentbank Vorzüge getroffen. Eine einheitliche Vereinbarung ist auch für die Mitglieder der Mannheimer Beamtentbank in der Pfalz vorgesehen.

Rheinische Handelsbank A. G., Mannheim. Das Gericht hat den Vergleichsvorschlag der Rheinischen Handelsbank A. G., Mannheim, bestätigt. Die angeforderte Liquidation kann nunmehr durchgeführt werden. Anfangs Mai soll die Ausschüttung einer ersten Quote in Höhe von 25-30 Proz. erfolgen.

Der amerikanische Vereinskredit der deutschen Goldbank. Die Deutsche Goldbank hat, wie die W. V. Handelsbank mitteilt, den im vorigen Jahre mit einem amerikanischen Bankenkonfortium vereinbarten Vereinskredit, der vereinbarungsgemäß am 1. Juli 1928 abläuft, verlängert. Eine Inanspruchnahme des Kredits hat bisher nicht stattgefunden und steht auch nicht in Aussicht.

Verschiedenes

Auffindung von 50 deutschen Toten aus dem Weltkriege. W. V. Paris, 20. April (Tel.) Das „Journal“ veröffentlicht eine Meldung aus Chevreign, derzufolge man beim Säubern eines Kellers den Eingang zu einem Unterstand entdeckte und in diesem die Leichen von etwa 60 deutschen Soldaten vorfand, die zum Teil am Kessel, zum Teil auf den Feldbetten liegend, vermutlich durch Explosion einer Giftgasbombe ums Leben gekommen waren. Ihre Waffen hingen noch an der Mauer.

Die bulgarische Erdbebenkatastrophe

W. V. Sofia, 19. April (Tel.) Der Umfang des Erdbebens in Philippopol ist wesentlich größer als man nach den ersten Mitteilungen annehmen konnte. Allein in zwei Stadtteilen sind 1030 Häuser völlig zerstört und 100 weitere unbewohnbar geworden. Viele in der Umgegend Philippopels gelegene Ortschaften sind derart heimgesucht worden, daß kaum noch ein Haus aus den Trümmern hervorragt. In Vorstadtgebieten sind sämtliche Häuser, die beim ersten Erdbeben noch stehen geblieben waren, zerstört. Die Zahl der Toten wächst ständig. Es sind bisher mehr als 100 Tote festgestellt worden. Während des Lebens wurden interessante Naturerscheinungen beobachtet. In einigen Dörfern wurde der Boden aufgerissen und nach dem Erdbeben sprangen meterhohe Wasserfälle hervor, die das Land überschwemmten. Außer den Eisenbahnen wurden große Landstraßen zerstört. Der Orient-Express und andere Züge, die vor dem Bahnhof Kapazly anhalten und die Ausbesserung der Gleise abwarten mußten, konnten heute abend weiterfahren. König Boris besuchte Philippopol und die heimgesuchten Dörfer und gab persönliche Anordnungen für schnelle Hilfe. Die Bevölkerung in Sofia ist immer noch von Panik ergriffen. Viele Familien verließen die Hauptstadt, um auf dem Lande die Nacht zu verbringen. Der Schaden, den das neue Erdbeben angerichtet hat, beläuft sich auf mehrere hundert Millionen Levas.

Unfall eines Verkehrsflugzeuges

Das Verkehrsflugzeug D 946 (Büdingen-Stuttgart) ist Donnerstag vormittag infolge schlechten Wetters bei Spaichingen notgelandet, wobei die Maschine teilweise schwer beschädigt wurde. Von den acht Insassen erlitt nur einer anscheinend einen Beinbruch.

Staatsanzeiger

Auf Grund des § 5 der Verordnung des Staatsministeriums vom 12. Dezember 1922 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 873) wurden auf Grund der im Oktober 1927 abgelegten Verwaltungsassistentenprüfung und der kürzlich abgehaltenen Wiederholungsprüfung als für den einfachen mittleren Dienst der inneren Verwaltung befähigt erklärt:

1. Ebner Leo, Bürogehilfe in Billingen,
 2. Engesser Martin, Wachtmeister in Karlsruhe,
 3. Haack Paul, Wachtmeister in Mannheim,
 4. Haack Paul, Bürogehilfe in Freiburg,
 5. Krumm Rifa, Bürogehilfin in Karlsruhe,
 6. Holle Bruno, Wachtmeister in Mannheim,
 7. Schenk Johann, Bürogehilfe in Karlsruhe,
 8. Schmidt Franz, Bürogehilfe in Konstanz,
 9. Wähle Wilhelm, Kanzleihilf in Büdingen,
 10. Wilhelm Hermann, Wachtmeister in Freiburg,
 11. Jeps Wilhelm, Wachtmeister in Konstanz.
- Karlsruhe, den 13. April 1928.
Der Minister des Innern
J. B. Föhrenbach.

Die forstliche Staatsprüfung im März 1928

Die folgenden Forstreferendare haben im März 1928 die forstliche Staatsprüfung abgelegt und sind zu Forstassessoren ernannt worden:

- Adermann Ernst, von Überlingen,
Barth Eberhard, von Freiburg,
Dr. Frank Eugen, von Markolsheim,
Degar Alfred, von Freiburg, und
Kopp Wilhelm, von Karlsruhe.
Karlsruhe, den 10. April 1928.
Der Finanzminister
J. B. Sammet.

Zweite Prüfung für das Höhere Lehramt an Handelsschulen im März 1928.

Die in der Zeit vom 26. bis 30. März 1928 nach Maßgabe der Verordnung des Staatsministeriums vom 17. Mai 1922 (Gesetz- und Verordnungsblatt 1922, Nr. 89, Seite 424) abgehaltene Zweite Prüfung für das Höhere Lehramt an Handelsschulen haben bestanden:

- Handelschulassessor Dr. Fritz Held von Niederschönenfeld,
Handelschulassessor Dr. Alfred Schneider von Guben.
Karlsruhe, den 13. April 1928.
Der Minister des Kultus und Unterrichts
Leers

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern übertragen:

Dem Verwaltungssinspektor a. D. Theodor Kestler in Karlsruhe die planmäßige Amtsstelle eines Verwaltungsoberssekretärs beim Bezirksamt Mannheim.

Ministerium der Finanzen

In den endgültigen Ruhestand versetzt: Förster Ernst von Au beim Forstamt Gudenfeld in Pforzheim.

„15 Jahre jünger“

sehe ich aus“, schreibt uns ein dankbarer Kunde: Herr Karl Pawelke, Töpfer aus Görlitz, und dann: „die Sehkraft meiner Augen hat sich gestärkt“. Auch Sie werden sich frisch und munter fühlen nach einer

Chemiker Sybels Hefekur

Die schädlichen Salze und Säuren, die sich während des langen Winters im Blute angesammelt haben, müssen ausgeschieden, das müde Blut muß aufgefrischt werden. Versäumen Sie keinen Tag, es ist für Ihre Gesundheit! Holen Sie sich heute noch die Gratisbroschüre „Ein Weg zur Gesundheit“.

Dr. Drogerie Tscherning, Ecke Karl- und Amalienstraße; Engel-Drogerie, Werderplatz 44; Drogerie Vetter,

Zirkel 15. S. 188

Frau Dr. Gertrud Bäumer
spricht am Freitag im Künstlerhaus!

Haben Sie schon ihre neuesten Werke gelesen?

Grundlagen demokratischer Politik. Von Dr. G. Bäumer.
Brosch 3 RM., Halbl. 3,50 RM.

Die Schrift bewegt sich durchweg nicht in den Bahnen von Theorie und staatsrechtlicher Dogmatik, sondern entwickelt die Demokratie aus den Tatsachen des seelischen, wirtschaftlichen und nationalpolitischen Lebens des Volkes. Sie gibt nicht eine doktrinaire „Theorie der Demokratie“, sondern eine Wesensbeschreibung des Volksstaates.

Deutsche Schulpolitik. Von Dr. G. Bäumer. IV, 222 Seiten. Kart. 6 RM., Halbl. 7 RM.

In der großen pädagogischen Literatur der letzten Jahre gibt es noch keine zusammenfassende Darstellung der schulpolitischen Probleme des deutschen Bildungswesens. So ist dieses Buch der langerwartete Führer in der kulturpolitischen Diskussion. Er bringt die gesetzlichen Grundlagen, die tatsächliche Gestaltung und alle offenen Fragen des deutschen Bildungswesens.

Beachten Sie auch unser Schaufenster
Karl-Friedrich-Str. 18

Verlag G. Braun in Karlsruhe



Beamte Festangestellte u. alle Kunden ohne jede Anzahlung

Deutsche Bekleidungs-Gesellschaft m. b. H.
Kronenstraße 40 Karlsruhe Ecke Markgrafenstraße

Straßensperre.

Nachstehende Straßenseiten des Amtsbezirks Karlsruhe werden wegen Ausführung von Pflasterungen vom 26. d. M. an bis auf weiteres für Fußwege aller Art gesperrt:

1. Landstraße Nr. 19, Karlsruhe-Neopoldshafen, km 1,768 bis 3000, d. i. vom jetzigen Pflasterende auf der Rinkenheimer Allee bis zum Beginn der Walz-asphaltbede.
2. Landstraße Nr. 79, Karlsruhe-Maxau, km 1,940 bis 2,617, d. i. in Annelingen. R. 978 Umgehungsweg: bei D.-Z. 1: von Karlsruhe

über Mühlburg nach Eggenstein und umgekehrt, bei D.-Z. 2: Ortsstraßen in Annelingen.

Zu widerhandlungen werden gemäß § 121 R. Str. G. B. mit Geld bis zu 60 RM oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Karlsruhe, den 19. April 1928. D.-Z. 88.
Bezirksamt - Abt. IV.

Ab 21. April d. J. befinden sich unsere Geschäftsräume **Sonnenst. 15a** (ehem. Groß-Palais) III. Et., Zimmer 51.

Badischer Landesverband gegen den Alkoholismus.

Bekanntmachung.
Die Baupflichtstunden des Bezirksbauamteisters finden von jetzt ab jeweils Dienstag und Freitag vormittags von 8-12 1/2 Uhr im Zimmer Nr. 85, III. Stod. des Bezirksamtsgebäudes statt. Nur in dringendsten Fällen kann beim Bezirksbauamteister zu anderer Zeit vor-gesprochen werden.
R. 971
Karlsruhe, den 18. April 1928. D.-Z. 37
Der Landrat für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Bühl. R. 968
Güterrechtsregister Bd. I S. 29: Göt, Alois, Landwirt und Erbe in Moos, und Maria Katharina geb. Wolz; Vertrag vom 13. Februar 1928. Gütertrennung.
Bühl, den 16. April 1928
Bad. Amtsgericht Bühl

Badische Lichtspiele
KONZERTHAUS

Samstag, den 21. bis Mittwoch, den 25. April, jeweils 20,15 Uhr

Erstaufführung

Sondervorführungen für Erwachsene

Sperlinge Gottes

Der Kampf der amerikanischen Öffentlichkeit gegen die Kinderfarmen (Engelmacherei) mit Mary Pickford in ihrer dramatischsten Kinderrolle

In der Wochenschau:

Abfahrt der deutschen Ozeanflieger von Irland

Samstag, 21., Sonntag, 22. und Mittwoch, 25. April
nur 16 Uhr

Wiederholungen:

Christoph Columbus

Die Entdeckung Amerikas

Mit Albert Bassermann in der Titelrolle

In der Wochenschau:

Abfahrt der deutschen Ozeanflieger von Irland

Musikbegleitung zu allen Vorführungen

Vorverkauf: Musikhaus Fritz Müller, Kaiserstraße

Preise und Ermäßigungen wie üblich

Garderobegebühr wird nicht erhoben 500

Wunderbar laufen Sie
in Neuberts Schuhen



Alle Arten Stiefel und Halbschuhe in nur erstklassiger Qualität mit eingearbeiteter Gelenkstütze. Spezialitäten für empfindliche und kranke Füße. Meine Schuhe sind eine Klasse für sich und konkurrenzlos.
Reformhaus Neubert
Karlstraße 29a 117

Möbel

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
einzelne Möbelstücke 672

in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus

Maier Weinheimer

Karlsruhe Zahlungs-erleichterung, Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise



Badisches Landestheater

Spielplan vom 22. April bis 30. April 1928

a) Im Landestheater:

Sonntag, 22. April. Nachmittags: 8. Vorstellung der Sonder-miete für Auswärtige: Mignon. Oper von Thomas. 15 bis 17 1/2 (4 RM).

Abends: * G 23. Th.-Gem. 701-800. Der Rosenkavalier. Komödie für Musik von Richard Strauß. 19 bis n. 22 1/2 (8 RM).

Montag, 23. April. * E 24. Th.-Gem. 1. S.-Gr. Fuhrmann Henschel. Schauspiel von Gerhart Hauptmann. 20 bis 22 1/2 (5 RM).

Dienstag, 24. April. * A 24. Th.-Gem. 3. S.-Gr. (2. Hälfte). Regina del Lago. Oper von Weissmann. 20 bis 22 1/2 (7 RM).

Mittwoch, 25. April. * C 23. Th.-Gem. 1301-1350 und 2. S.-Gr. Seitenprünge. Vier Einakter von Goech. 20 bis 22 1/2 (5 RM).

Donnerstag, 26. April. Volkshöhe 8. Das vierte Gebot. Volksstück von Angenruber. Der IV. Rang ist für den all-gemeinen Verkauf freigegeben. 19 1/2 bis 22 (5 RM).

Freitag, 27. April. * F 26. (Freitagmiete). Th.-Gem. 1201 bis 1300. Die verkaufte Braut. Komische Oper von Sme-tana. 3. S.-Gr. 20 bis nach 22 1/2 (7 RM).

Sonntag, 28. April. * G 24. Th.-Gem. 1351-1400 und 3. S.-Gr. (1. Hälfte). Neueinstudiert: Cyrano von Bergerac. Romantische Komödie von Rostand. 19 1/2 bis geg. 22 1/2 (5 RM).

Sonntag, 29. April. * B 23. Th.-Gem. 1001-1100. Tristan und Isolde. Von R. Wagner. 18 bis 22 1/2 (8 RM).

Montag, 30. April. Volkshöhe 8. Das vierte Gebot. Volks-stück von Angenruber. Plätze aller Preiskategorien sind für den allgemeinen Verkauf freigegeben. 19 1/2 bis 22 (5 RM).

b) Im Stadt. Konzerthaus:

Sonntag, 22. April. * Unter Geschäftsaufsicht. Schwanf von Arnold und Bach. 19 1/2 bis 22 (4,10 RM).

Sonntag, 29. April. * Einmaliges Gastspiel Konrad Dreher mit feinem Ensemble: Der alte Feinschmecker. Ein Münch-ner Schwanf von Thoma. 19 1/2 bis 22 (4,10 RM).

c) Auswärtiges Gastspiel:

Donnerstag, 26. April. In Baden-Baden: Parsifal. 18-23. Vorankündigung.

Mittwoch, 9. Mai. Neueinstudiert: Cassandra. Oper von Smetana.

Freitag, 11. Mai. Zum ersten Male: Othoberta. Schauspiel von Georg Kaiser.

Umtausch für Inhaber von Blockheften Samstag nachmit-tags 15 1/2 bis 17 Uhr. Allgemeiner Vorverkauf und weiterer Umtausch ab Montag vormittags. - Kartenvorverkauf: Vor-verkaufsstelle des Badischen Landestheaters, Tel. 6288. In der Stadt: Musikalienhandlung Fritz Müller, Ecke Kaiser- und Waldstraße, Tel. 388, und Auskunftsstelle des Verkehrsver-eins, Kaiserstr. 159 (Eingang Ritterstraße), Tel. 1420. - Bi-garzenhandlung Fr. Wunnert, Kaiserallee 29, Tel. 4351, und Kaufmann Karl Holzschuh, Werberplatz 48, Tel. 503.

Das **gute Bild**
die geschmackvolle **Photo- und Bilder-**
Einrahmung

finden Sie in größt. Auswahl im Spezialgeschäft

E. BÜCHLE **INN.**

Kaiserstr. 132 - Gartensaal Padewet-Geigenhaus 41



Besuchen Sie
die große

Möbelschau

im Markgräflichen Palais

am Rondellplatz 480

Prachtvolle Neueingänge
gediegener
Wohnungs-Einrichtungen

Eintritt frei!

Eintritt frei!

Inhaber Erich Rudolff

Küppersbusch-Herde für Gas, Kohle, Komb.
Junker & Ruh- Gasherde, Öfen
Immerbrand Grudeherde und Öfen

Vertretung und Lager Amalienstraße 7

Karl Fr. Alex. Müller

Telephon 1284 - Gegründet 1890

479 Günstige Zahlungsbedingungen

Eigene Reparaturwerkstätte. Fachgem. Aufstellen

Ratenkaufabkommen der Badischen Beamtenbank

